

Deutschland-Burkau: Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

OJ S 93/2023 15/05/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Burkau

Postanschrift: Hauptstraße 241

Ort: Burkau

NUTS-Code: DED2C Bautzen

Postleitzahl: 01906

Land: Deutschland

E-Mail: buergermeister@gemeinde-burkau.de

Telefon: +49 3595329090

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: www.gemeinde-burkau.de**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.evergabe.de/unterlagen/54321-Tender-187e0d409db-75bf297bfb405b0e>Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: www.evergabe.de

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Fischer & Partner

Postanschrift: Naundorfer Str. VIZ 543

Ort: Schwarzheide

NUTS-Code: DE40B Oberspreewald-Lausitz

Postleitzahl: 01987

Land: Deutschland

E-Mail: burkau@fup-buero.de

Telefon: +49 35752960160

Fax: +49 35752960159

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: www.fup-buero.de**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Neubau Hortgebäude Burkau - Los 1 Gebäudeplanung
Referenznummer der Bekanntmachung: 007_FUP_01-2023-0006

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Objektplanung für Gebäude LPh. 2-9 nach Teil 3 § 34 HOAI

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DED2C Bautzen

Hauptort der Ausführung: Gemeindeverwaltung Burkau Hauptstraße 241 01906 Burkau

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Gemeinde Burkau beabsichtigt die nachfolgenden Planungsleistungen zu vergeben: Objektplanung Gebäude LPh. 2-9 nach Teil 3 § 34 HOAI für den Neubau eines Hortgebäudes für 110 Kinder. Die Vertragslaufzeit ist dabei von September 2023 bis Juni 2026 vorgesehen. Die anrechenbaren Kosten betragen ca. 4.100.000,00 € (netto).

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Projektanalyse / Gewichtung: 15,00

Qualitätskriterium - Name: Darstellung projektspezifischer Erfahrungen / Gewichtung: 30,00

Qualitätskriterium - Name: Methodik zur Budgetverfolgung und Kosteneinhaltung / Gewichtung : 10,00

Qualitätskriterium - Name: Projektorganisation und Methodik der Terminplanung und -verfolgung / Gewichtung: 10,00

Qualitätskriterium - Name: Nachweis der örtlichen Verfügbarkeit in der Bauphase / Gewichtung : 10,00

Qualitätskriterium - Name: Präsentation, Gesamteindruck des Projektteams / Gewichtung: 5,00

Preis - Gewichtung: 20,00

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/09/2023 Ende: 30/06/2026

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9.

Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3Höchstzahl: 5Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Der Auftraggeber wird die fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge auf Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit prüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass Teilnahmeanträge unvollständig oder fehlerhaft sind, kann der Auftraggeber den Bewerber im Rahmen des rechtlich Zulässigen nach pflichtgemäßem Ermessen unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Angaben, Erklärungen und Nachweise innerhalb einer für alle Bewerber einheitlichen Nachfrist nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren. Darauf erfolgt eine Prüfung der Teilnahmeanträge auf Vorliegen von Ausschlussgründen.

1. Erklärung, dass keine Abhängigkeiten von Ausführungs- und Lieferinteressen gemäß VgV § 73 (3) bestehen,
2. Benennung der Namen und Nachweis der beruflichen Qualifikation der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind (mittels Dritterklärung),
3. Erklärung zu Ausschlussgründen gemäß Artikel 57 Abs. 1 der Richtlinie 2014/24/EU - strafrechtliche Verurteilungen (GWB § 123 (1)),
4. Erklärung zur Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen (GWB § 123 (4)),
5. Erklärung zu Gründen im Zusammenhang mit Insolvenz, Interessenkonflikten oder Beruflichem Fehlverhalten (GWB § 124 (1)).
6. Erklärung zur Einhaltung Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 über restriktive Maßnahmen gegenüber Russland.

Darauf folgt die Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers gemessen an der zuvergebenden Leistung anhand der vom Bewerber eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise. Sollten danach mehr als drei Bewerber oder Bewerbergemeinschaften geeignet sein, wird der Auftraggeber die geeigneten Bewerber/Bewerbergemeinschaften anhand einer Eignungsmatrix hinsichtlich des Grades ihrer Eignung bewerten. Für diese vergleichende Wertung sind die Unterschiede der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit gem. III.1.2) und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit gem. III.1.3) maßgeblich.

Dazu dienen die abgefragten Angaben, für die sich die Bewertung unmittelbar aus der Eignungsmatrix ergibt. Auf Grundlage der Höhe der nach der Eignungsmatrix erreichten Punktzahl wird eine Rangliste der Bewerber erstellt.

Sollten weniger als drei Bewerber nach der Eignungsprüfung geeignet sein, so kann der Auftraggeber auch weniger als drei Bewerber zur Angebotsabgabe auffordern. Sind nach der Eignungsprüfung des Auftraggebers mehr als drei Bewerber geeignet, so können vom Auftraggeber nach eigenem Ermessen auch mehr als drei Bewerber, maximal fünf Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert werden. Die Auswahl der Bewerber erfolgt in diesem Fall auf der Grundlage der Rangfolge, die sich aus der differenzierenden Wertung gemäß der Eignungsmatrix ergibt.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Zunächst soll nur bis zur Leistungsphase 4 beauftragt werden. Die Vertragslaufzeit für die LPh. 2-4 ist dabei von September bis Dezember 2023 vorgesehen. Nach der Genehmigung der finanziellen Mittel ist beabsichtigt, die weiteren Leistungsphasen stufenweise zu beauftragen. Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der weiteren Leistungsphasen besteht nicht.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Erklärung, dass keine Abhängigkeiten von Ausführungs- und Lieferinteressen gemäß VgV § 73 (3) bestehen,
2. Erklärung zu Ausschlussgründen gemäß Artikel 57 Abs. 1 der Richtlinie 2014/24/EU - strafrechtliche Verurteilungen (GWB § 123 (1)),
3. Erklärung zur Entrichtung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen (GWB § 123 (4)),
4. Erklärung zu Gründen im Zusammenhang mit Insolvenz, Interessenkonflikten oder Beruflichem Fehlverhalten (GWB § 124 (1))
5. Erklärung zur Einhaltung Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren unmittelbar und ab sofort (die VO ist bereits am 09.04.2022 in Kraft getreten). Verboten sind nicht nur Auftragsvergaben an RUS Unternehmen i. S. d. Vorschrift, sondern auch eine Beteiligung solcher Unternehmen am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf betroffene Unternehmen entfallen).

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Angabe des Allgemeinen Jahresumsatzes des Wirtschaftsteilnehmers bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre. Der Umsatz muss erkennen lassen, dass das Unternehmen für die Erbringung der vorliegend zu vergebenden Leistungen geeignet ist. (VgV §45 (4) 4.),
2. Angabe des Spezifischen Jahresumsatzes des Wirtschaftsteilnehmers in dem vom Auftrag abgedeckten Geschäftsbereich bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre.
3. Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung (mittels Dritterklärung), mit einer Deckungssumme von mindestens 1 500 000 EUR für Personenschäden und mindestens 1 000 000 EUR für Sach- und Vermögensschäden (bei Bietergemeinschaften muss sich der Versicherungsschutz in voller Höhe auf alle Mitglieder erstrecken) oder Erklärung einer Versicherungsgesellschaft, im Auftragsfalle die geforderten Versicherungsleistungen zu erbringen. Die Ersatzleistung des Versicherers muss das 2-fache der vorgenannten Deckungssumme pro Jahr betragen. (VgV §45 (4) 2.)

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Referenzliste des Unternehmens (VgV § 46 (3) i.V.m. VgV § 75 (5)) vergleichbarer Projekte (mit vergleichbarer Komplexität) der letzten 5 Jahre mit folgenden Anforderungen: Leistungsphasen 3-6+8 vollständig erbracht; Erfahrungen bei der Sanierung oder dem Neubau von vergleichbaren Projekten max. 5x mit mind. 2.000.000 EUR anrechenbaren Kosten (netto) nachweisen. Für die Prüfung des Referenzobjekts sind folgende Nachweise bzw. Angaben zwingend erforderlich:

(1) Auftraggeber (Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer);

(2) Projektbeschreibung in Wort und Bild (in Form von Text, Fotos oder Skizzen) max. 3 A4 Seiten (bei Bedarf);

Die Leistungsphase 8 muss nach dem 30.04.2018 abgeschlossen worden sein. Das Referenzprojekt muss innerhalb der Europäischen Union oder der Schweiz realisiert worden sein.

2. Angaben zur durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahl des Wirtschaftsteilnehmers in den letzten 3 Jahren (VgV § 46 (3) Pkt. 8);

3. Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Qualität gem. VgV § 46 (3) Pkt.3;

4. Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen, inkl. Angaben des Auftragsanteils.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Berufsqualifikation gem. § 75 (1) bis (3) VgV in Verbindung mit § 44 (1)

Zur Bewerbung zugelassen sind Büros und Bieter-/Arbeitsgemeinschaften, deren Projektleiter und Projektmitarbeiter folgenden Berufsgruppen angehören müssen:

Zugelassen ist, wer nach den Architektengesetzen oder Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Architekt oder Beratender Ingenieur/Ingenieur zu tragen oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinie für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt oder als Beratender Ingenieur/Ingenieur tätig zu werden. Alle Mitglieder der Büros und Bieter-/Arbeitsgemeinschaften müssen in den Mitgliedsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes oder in den Staaten der Vertragsparteien des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen ansässig sein. Teilnahmeberechtigt sind:

a) natürliche Personen, die nach den Rechtsvorschriften ihres Heimatlandes zur Führung der Berufsbezeichnung "Architekt", "Ingenieur" oder "Beratender Ingenieur" berechtigt sind, sowie

b) Juristische Personen sind als Auftragnehmer zuzulassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen gemäß a) benennen, und

c) Bieter-/Arbeitsgemeinschaften, bei denen jedes Mitglied die Anforderungen erfüllt, die an natürliche oder juristische Personen gestellt werden.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3.

Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 11/06/2023 Ortszeit: 23:59

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/09/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft ist dem Teilnahmeantrag eine Erklärung beizulegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet. Es muss eine allein vertretungsberechtigter bevollmächtigter Vertreter benannt werden, der durch eine unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft legitimiert ist. Es wird darauf hingewiesen, dass Bietergemeinschaften, deren Mitglieder sich mehrfach - sei es als einzelnes Unternehmen, Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer - an diesem Vergabeverfahren beteiligten, wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsprinzip ausgeschlossen werden bzw. aus diesem Grund bereits bei der Aufforderung zur Angebotsabgabe unberücksichtigt bleiben können. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen, unterschiedlicher Niederlassungen eines Bewerberbüro's sowie mehrere Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften.

Der Auftraggeber weist hiermit darauf hin, dass er fehlende Unterlagen in der Bewerbung nicht nachfordern wird.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Postanschrift: Braustraße 2

Ort: Leipzig

Postleitzahl: 04107

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de

Telefon: +49 3419773800

Internet-Adresse: <http://www.lds.sachsen.de>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabestelle weist nachfolgend auf die zulässigen Rechtsbehelfe und durch den Bieter einzuhaltende Fristen hin. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Postanschrift: Braustraße 2

Ort: Leipzig

Postleitzahl: 04107

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de

Telefon: +49 3419773800

Fax: +49 3419771049

Internet-Adresse: <http://www.lds.sachsen.de>

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

10/05/2023